

Zur Bundestagswahl 2013



Wahlprüfsteine (Zusammenfassung)

Zusammengestellt vom :



Inhalt

| | |
|---|----|
| Einführung..... | 3 |
| Unsere Fragen 2013..... | 4 |
| CDU | 6 |
| SPD | 7 |
| DIE LINKE..... | 8 |
| Bündnis 90/Die Grünen..... | 9 |
| FDP..... | 10 |
| PIRATEN PARTEI..... | 12 |
| Alternative für Deutschland..... | 13 |
| Gesamtüberblick..... | 15 |
| Adressen / Links (eine kleine Auswahl)..... | 16 |

Impressum

Herausgeber: Vielfalt Leben - QueerWeg
Verein für Jena und Umgebung e.V.
Postfach 100202; 07702 Jena
info@queerweg.de

Redaktion: Daniel Schwartze (V.i.S.d.P.)
Grit Ronneburg

Einführung

Anlässlich der diesjährigen Bundestagswahl haben wir erneut zahlreiche Parteien nach Ihren Standpunkten hinsichtlich verschiedener queerer Themen befragt. Dabei haben wir in diesem Jahr die Parteien auf Bundes- und Thüringer Landesebene befragt.

Wie bei den vorhergehenden Wahlprüfsteinen, beinhaltet diese Broschüre eine Zusammenfassung der einzelnen Antworten und dient einem ersten Überblick. Die einzelnen Antwortschreiben haben wir unter www.QueerWeg.de (->Projekt->Wahlprüfsteine) veröffentlicht. Bei den in dieser Broschüre *kursiv* gedruckten Abschnitte handelt es sich um Zitate aus den jeweiligen Antwortschreiben.

Seit den letzten Wahlprüfsteinen haben sich auch wieder einige Dinge verändert. Insbesondere begrüßen wir die Thematisierung der Situation von intersexuellen Menschen durch den Deutschen Ethikrat und die Politik. Zudem gab es einige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes z.B. bezüglich des Adoptionsrechtes (Sukzessivadoption), wodurch der Gesetzgeber nun gezwungen ist weitere Diskriminierungen abzubauen.

Und dennoch sind weiterhin eine ganze Reihe von Feldern offen, welchen wir uns mit den Wahlprüfsteinfragen aus 2013 widmen.

1. **Steuerrecht:** In verschiedenen Steuergewebten (z.B. Grunderwerbssteuergesetz oder Erbschaftssteuerrecht) wurde die Gleichstellung zwischen eingetragenen Lebenspartnerschaften und der Ehe umgesetzt. Im Einkommenssteuerrecht ist dieser Schritt noch nicht vollzogen. Dies bedeutet eine erhebliche Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften im Vergleich zu Ehen.

Welche Position nehmen sie hinsichtlich der Beseitigung der Diskriminierungen im Steuerrecht ein? Wie positionieren Sie sich hinsichtlich der zu erwartenden Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht bezüglich der Steuerrechtsthematik? Welche konkreten Initiativen haben sie unternommen oder sind ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

2. **Adoptionsrecht:** Eine gemeinsame Adoption durch eingetragene Lebenspartner_innen ist in Deutschland aktuell nur auf dem Umweg der Sukzessivadoption möglich.

Welchen weiteren Anpassungsbedarf sehen Sie in der Gesetzgebung zum Adoptionsrecht? Welche konkreten Initiativen haben sie unternommen oder sind ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

3. Wie stehen sie zur **generellen Gleichstellung** eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe bzw. zur **Öffnung der Ehe** für nichtheterosexuelle Menschen? Welche konkreten Initiativen haben sie unternommen oder sind ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?
4. Am 23. Februar 2012 hat der Deutsche Ethikrat eine Stellungnahme zur **Situation intersexueller Menschen** in Deutschland veröffentlicht. Welche Änderungen halten Sie für sinnvoll

und welche Initiativen haben und werden Sie ergreifen, um die aktuelle Situation zu verändern?

- Wie stehen Sie zu Änderung des Personenstandsrechtes, weg von den aktuell gängigen binären Geschlechtszuordnungen? (z.B. Handhabung von Geschlechtseinträgen)
- Welche Maßnahmen unterstützen sie, um unnötige chirurgische Behandlungen von intersexuellen Menschen zu verhindern? Welches Vorgehen halten Sie für bereits in der Vergangenheit verursachtes Leid für angemessen?

5. **Erweiterung Artikel 3 GG:** Es gibt verschiedene Initiativen, den Artikel 3 GG um die Formulierung „sexuelle Identität“ zu erweitern.

Welche Position nimmt hier ihre Partei ein?

6. Welche **weiteren Themenfelder** sehen sie, in denen eine Diskriminierung lesbisch, schwuler, trans* und intersexueller Menschen besteht? Welche Initiativen und Maßnahmen (z.B. in der politischen Arbeit, bundesweite Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungskampagnen, Weiterbildung von Fachleuten, Förderung von Interessensvertretungen) werden sie ergreifen um diese Diskriminierungen zu beseitigen?

Zusammenfassung der Antworten von Dr. Mario Voigt MdL (Generalsekretär der Thüringer Union) und von Antje Tillmann MdB (Bundestagsabgeordnete für Weimar):



Bezüglich der Diskriminierungen im **Einkommenssteuerrecht** ist die CDU Thüringen für die Erweiterung des Ehegattensplittings (wel-

ches nicht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gilt) um ein Familiensplitting, bei dem vor allem Familien mit Kindern unterstützt werden. Allerdings hat sich die CDU Deutschland auch dazu entschlossen, die Änderung der Rechtslage erst nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu bearbeiten.

Frau Tillmann formuliert Ihre persönliche Auffassung wie folgt:

„In Zeiten abnehmender Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit ist es gut, dass sich zwei Menschen für eine verbindliche Art des Miteinanders entscheiden. Eingetragene Lebenspartner haben seit vielen Jahren bereits weitestgehend dieselben Pflichten wie Ehegatten. Das gilt z.B. für die Pflicht zum gegenseitigen Beistand, gegenseitige Unterhaltspflichten und den gesetzlichen Güterstand. Wenn die gesetzlichen Pflichten durch das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft der Ehe bereits so weit angeglichen sind, halte ich es nicht für gerecht, die Rechte, die das Steuerrecht Ehegatten gewährt, eingetragenen Lebenspartnern vorzuenthalten.“

Die **Volladoption** von Kindern durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner_innen lehnt die CDU ab und begründet ihre Position vor allem mit der zentralen Bedeutung der Familie, welche durch Ehe zwischen Mann und Frau gegründet wird. Sie sieht dabei vor allem das Kindeswohl im Vordergrund, akzeptiert und schätzt auch die Erziehungsleistung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartner_innen und lehnt die Volladoption dennoch ab.

Die CDU ist gegen die generelle **Öffnung der Ehe** und befürwortet stattdessen die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.

Auch die CDU hat dem Personenstandsrechtsänderungsgesetz Anfang 2013 im Bundestag zugestimmt, wodurch es möglich ist keine Angabe

zum Geschlecht im Geburtenregister bei **intersexuellen** Menschen vorzunehmen. Weiter unterstützt die CDU eine breite gesellschaftliche Debatte über die Situation intersexueller Menschen, um so mehr Verständnis und Akzeptanz zu erreichen. Die Beschäftigung mit der Frage nach Unterstützung und Entschädigung für bereits erfahrenes Leid von Betroffenen wird auf die kommende Legislaturperiode verschoben. Eine **Erweiterung des Art 3 GG** erachtet die CDU als nicht notwendig. **Zukünftig** möchte die CDU intolerante Überzeugungen verändern und so eine breite Toleranz und Akzeptanz gegenüber Homosexualität erreichen. Dabei sieht die CDU Thüringen einen Schwerpunkt in der Bildungspolitik (z.B. in der Lehrerausbildung).

SPD

Zusammenfassung der Antworten der SPD:

Die SPD bezieht sich insbesondere bei der Beantwortung auf Ihr aktuelles Wahlprogramm.

Die SPD ist für die **vollständige Gleichstellung mit der Ehe** und schließt dem auch noch die **Öffnung der Ehe** für gleichgeschlechtliche Lebenspartner_innen an. Damit wären dann auch automatisch alle Ungleichheiten (z.B. im **Steuerrecht**) zwischen der heutigen Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft beseitigt.

Die SPD ist für das volle **Adoptionsrecht**, da es so möglichst vielen Menschen ermöglicht den „*Lebensplan Familie*“ zu verwirklichen.

„Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt

*festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit **trans- und intergeschlechtliche Menschen** ein.“* Hierzu hat die SPD ein Verbot von geschlechtszuweisenden und –anpassenden Operationen an minderjährigen Intersexuellen beantragt, außer in lebensbedrohlichen Notfäl-



len. Zudem möchte sie sicherstellen, dass Betroffene stets in ein qualifiziertes interdisziplinäres Kompetenzzentrum zur Diagnostik und Behandlung vermittelt werden. Weiter ist die SPD für eine Entschädigung von Menschen, welche als Kind gegen Ihren Willen operiert wurden.

Die SPD ist weiter für die Erweiterung des **Art 3 GG**.

Für die **Zukunft** prüft die SPD aktuell die Umsetzung eines bundesweiten Aktionsplan, der gegen Homophobie und zur Akzeptanz von LSBT*!* beitragen soll. Zudem ist es der SPD auch wichtig LSBT*!* im Alter ein würdiges Leben zu ermöglichen.

DIE LINKE

Zusammenfassung der Antworten von Dr. Barbara Höll (MdB):

Die Fraktion DIE LINKE wendet sich gegen die grundrechtswidrige Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaft im **Steuerrecht** und unterstützt die rückwirkende Gleichstellung zur Ehe ab dem Jahr 2001 und fordert das gemeinsame **Adoptionsrecht** für Lesben und Schwule in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Mit der Einführung der Ehe

für Lesben und Schwule würde die Gleichbehandlung in diesen Rechtsbereichen ad hoc hergestellt.



DIE LINKE hat zur

Wahrung der Grundrechte von **Intersexuellen** einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 17/12859), der ein Verbot von geschlechtsangleichenden Maßnahmen vor der Einwilligungsfähigkeit vorsieht und der Intersexuelle im Personenstandsrecht anerkennen soll. Des Weiteren sollen Intersexuelle unterstützt und ein Fonds für vergangenes Unrecht bereitgestellt werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat in der laufenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Änderung des **Grundgesetzes** in Artikel 3 Absatz 3 in den Deutschen Bundestag (Drucksache 17/472) eingebracht und will sich auch in der kommenden Legislaturperiode für dieses Ziel einsetzen.

Von der Berliner LINKEN wurde eine **Maßnahme** initiiert, die für Selbstbestimmung und die Akzeptanz der sexuellen Vielfalt (Drucksache des Landes Berlin 16/1966) eintritt und von anderen Bundesländern zum

Anlass für eigene Maßnahmen genommen wurde. DIE LINKE wird sich in den Bundesländern für ähnliche Initiativen stark machen und fordert, dass der Bund alle Bundesländer anspricht, mit ähnlichen Maßnahmenpaketen für die Akzeptanz der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt einzutreten.

Bündnis 90/Die Grünen

Zusammenfassung der Antworten Bündnis 90/Die Grünen Thüringen und der Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion:

*„Wir haben allein in dieser Legislaturperiode mehrmals einen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die volle Gleichberechtigung im **Einkommensteuerrecht** auch rückwirkend ab der Einführung des Rechtsinstituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft vorsieht.“*

Bündnis 90/Die Grünen möchten das **gemeinschaftliche Adoptionsrecht** auch für eingetragene Lebenspartner_innen. Darüber hinaus setzt sich Bündnis 90/Die Grünen auch für die Gleichstellung im Abstammungsrecht ein, so sollen Lebenspartnerinnen legal künstliche Befruchtungen



durchführen lassen, und die Lebenspartnerin einer Mutter sollte analog zu ehelichen Beziehungen automatisch als Co-Mutter des Kindes anerkannt werden.

*„Wir Grüne setzen uns seit über 20 Jahren für die **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare**. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war eine wichtige Übergangslösung [...]“* Zahlreiche parlamentarische Initiativen belegen dies. So ist dies auch ein Schlüsselprojekt des Wahlprogrammes für die kommende Bundestagswahl.

*„Bündnis 90/Die Grünen wollen daher, dass geschlechtszuweisende und –anpassende Operationen an minderjährigen **intersexuellen Menschen** vor deren Einwilligungsfähigkeit grundsätzlich verboten werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass eine alleinige Einwilli-*

gung der Eltern in irreversible geschlechtszuweisende Operationen ihres minderjährigen Kindes - außer in lebensbedrohlichen Notfällen - nicht zulässig ist.“ Zudem ist ein unabhängiges Beratungs- und Betreuungsangebot notwendig. Das Personenstandsgesetz soll weiter novelliert werden und eine weitere Geschlechtskategorie enthalten, welche mit entsprechenden Betroffenenverbänden noch entwickelt werden muss. Weitere Maßnahmen sind die vereinfachte Änderungsmöglichkeit der Vornamen, ein verbesserter Zugang zu eigenen Krankenakten (Verlängerung der Aufbewahrungsfristen), Thematisierung in der Ausbildung bei Gesundheitsberufen, Thematisierung im Schulunterricht und die Förderung der weiteren Erforschung der Thematik. Darüber hinaus soll der Deutsche Bundestag erlittenes Leid und Unrecht anerkennen.

Bündnis 90/Die Grünen ist weiter für die Erweiterung des **Art 3 GG**.

Auch **zukünftig** will sich Bündnis 90/Die Grünen für Vielfalt und Akzeptanz und gegen Homo- und Transphobie einsetzen. Hierzu sind folgende Punkte geplant:

- Forderung nach einem „Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie“
- Reform des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (z.B. das Gesetz soll ein echtes Verbandsklagerecht vorsehen, auch auf Beschäftigte der Religionsgemeinschaften anwendbar sein)
- Reform des Transsexuellenrechts (z.B. Vereinfachung der Namensänderung in Abhängigkeit des Geschlechtsempfindens)
- Rehabilitation und Entschädigung der wegen homosexueller Handlungen Verurteilten (Strafverfolgung nach §175 StGB)
- Aufnahme von LSBTTI-Themen in die Außenpolitik
- Verstärkung der HIV/AIDS Prävention

FDP

Antwort auf unsere Fragen von der FDP:

Die FDP möchte die komplette **steuerliche Gleichstellung** von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Ehegatten auch bei der Einkommenssteuer.

Auch im Bereich des **Adoptionsrechts** möchte die FDP sich weiterhin für die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe einsetzen. Dazu soll beispielsweise bei der Stiefkindadoption das

Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen beibehalten werden.

Die Frage nach der Öffnung der Ehe wird mit folgenden Zitaten beantwortet. *„Alle Paare sollen die Ehe eingehen können.“* *„Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der eigenen Lebensgemeinschaft ist Privatsache. Für die FDP sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Eltern für ihre Kinder, Kinder für ihre Eltern, Ehe- und Lebenspartner füreinander. Aber auch Menschen in anderen frei gewählten Verantwortungsgemeinschaften. Wir wollen Selbstbestimmung für Lebensmodelle stärken und zur Verantwortung ermuntern.“*

Im Falle nicht eindeutiger Zuordnung zu einem Geschlecht soll dieser Eintrag im Geburtenregister offen bleibt. Dies soll so lange gelten, wie eine eindeutige Zuordnung zu einem Geschlecht nicht möglich ist. Das bedeutet auch, dass **intersexuelle Menschen** selbst entscheiden können, ob und wann eine Klärung herbeigeführt wird. Dadurch soll auch der Entscheidungsdruck für die Eltern



und die Betroffenen selbst reduziert und unnötige chirurgische Eingriffe verhindert werden.

In einem neuen **Transsexuellen**-Gesetz möchte die FDP die Hürden zur Personenstandsänderung verringern. Im Zuge dessen sollen auch die Leistungen der Krankenkassen bei Geschlechtsangleichungen gesichert und vereinheitlicht werden.

Artikel 3 Absatz 1 des **Grundgesetzes** bietet nach Ansicht der FDP bereits einen ausreichenden Schutz vor Diskriminierungen. Alle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung basieren auf diesem Absatz. Die FDP ist zurückhaltend bei Grundgesetzänderungen, die rein symbolischen Charakter haben.

Die FDP möchte nicht nur Diskriminierungen verhindern, sondern auch eine vielfältige Gesellschaft und Arbeitswelt fördern. Im Jahr 2011 hat die FDP die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld durchgesetzt, die durch Bildung und Forschung der Diskriminierung gegenüber Lesben und

Schwulen entgegenwirkt. Die FDP setzen vorrangig auf **Bildung und Aufklärung** statt auf bürokratische Antidiskriminierungsgesetze. Deshalb soll die gute Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld weiter gestärkt und das Stiftungskapital erhöht werden.

PIRATEN PARTEI

Antwort auf unsere Fragen von Thomas Ganskow

Die PIRATEN PARTEI fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft – auch im **Steuerrecht**. Das Ehegattensplitting soll zugunsten einer Individualbesteuerung abgeschafft werden. Bis zur Abschaffung soll das Splitting aber gleichermaßen auch für eingetragene Partnerschaften gelten.



Die PIRATEN PARTEI fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft – auch beim **Adoptionsrecht**. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren (auch ohne Umwege) und aufziehen dürfen. Das schließt die kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren, mit ein.

Die PIRATEN PARTEI sind für die Öffnung der Ehe für nichtheterosexuelle Menschen - und die Öffnung der eingetragenen Lebenspartnerschaft für Heteros. Ehe und eingetragene Partnerschaft sollen rechtlich vollständig gleichstellen, auch polyamore Partnerschaften oder Wohngemeinschaften, Kommunen sollen in einer erweiterten Lebenspartnerschaft gleichgestellt werden.

Das Merkmal "**Geschlecht**" soll nicht länger durch staatliche Behörden erfasst werden. Einen Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen lehnen die PIRATEN PARTEI ab. Änderungen des eigenen Vornamens sollen unbürokratisch per Antrag möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. In allen Verwaltungsvorgängen sollen geschlechtsneutrale Bezeichnung wie "Elternteil" verwendet werden. Geschlechtszuordnende und genitalkosmetische Operationen bei **intersexuellen** Kindern sollen verboten werden, da sie ihre geschlechtliche Selbstbestimmung verletzen. Stattdessen ist abzuwarten, bis sich die Betroffenen selbst

zu ihrer Geschlechtsidentität äußern können. Wenn intersexuelle Erwachsene chirurgische Behandlungen selbst wünschen, zum Beispiel als Angleichung an eine binäre Geschlechtsidentität, setzen die PIRATEN PARTEI sich für eine selbstbestimmte und umfassende Behandlung ein, die von den Krankenkassen vollständig übernommen wird.

Die Frage nach einer möglichen Entschädigung für vergangenes Leid können die PIRATEN PARTEI leider noch nicht beantworten, da sie eine basisdemokratische Partei sind und hierzu noch keine Abstimmung stattgefunden hat. Die Bundestagskandidat*innen mit dem Fachgebiet Geschlechterpolitik, die diese Wahlprüfsteine beantwortet haben, sind aber persönlich sehr für eine solche Entschädigung. Dabei würden sie Entschädigungsfonds bevorzugen, da manchen Betroffenen für individuelle Klagen Ressourcen und Kraft fehlen könnten und Prozesse zu Re-Traumatisierungen führen können.

Die PIRATEN PARTEI sind für die Erweiterung des Artikel 3 **Grundgesetz**.

Weitere Forderungen: **Generalrehabilitierung** und die vollständige Aufhebung der §175-Urteile. Es ist zu prüfen, ob den Opfern Schadensersatz gezahlt werden sollte und in welcher Höhe.

Eine Erfassung von **Transsexualität** als Diagnose in Kategorisierungswerken für psychische Krankheiten lehnen Die PIRATEN *PARTEI* ab. Sie setzen sich für eine selbstbestimmte und umfassende geschlechtsangleichende Behandlung von transsexuellen Menschen ein, die von den Krankenkassen vollständig übernommen wird.

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Eine derartige Verfolgung im Herkunftsland muss als **Asylgrund** anerkannt werden.

Studien zeigen leider, dass **Schulbücher und Unterricht** stark heteronormativ sind. Nichtheterosexuelle und queere Lebensweisen und Identitäten müssen auch im Unterricht auftauchen, um Vielfalt zu zeigen und Respekt zu fördern.

Alternative für Deutschland

Von der Alternative für Deutschland haben wir auf unsere Fragen bis



zum Redaktionsschluss keine Antworten erhalten. Auch eine Internetrecherche auf der Homepage der Partei ergab keinerlei Antworten und Anhaltspunkte in Bezug auf queere Themen.

Gesamtüberblick

Die Gleichstellung im **Einkommenssteuerrecht** wird von allen Parteien, mit Ausnahme der CDU gefordert.

Zur Frage nach der generellen **Öffnung der Ehe** auch für gleichgeschlechtliche Lebenspartner_innen zeigt sich ein ähnliches Bild. So ist ausschließlich die CDU gegen die Öffnung der Ehe. Die PIRATEN PARTEI geht in ihren Forderung noch einen Schritt weiter und fordert die Öffnung der Ehe auch noch für andere Lebensgemeinschaften.

Die Möglichkeit der **Volladoption** von Kindern durch eingetragene Lebenspartner_innen wird auch von allen Parteien mit Ausnahme der CDU favorisiert. Die FDP legt zudem Wert darauf, dass der Erhalt der Verwandtschaft zu den leiblichen Eltern erhalten bleibt.

Bei der Forderung der Erweiterung des **Artikel 3** Absatz 3 des Grundgesetzes haben sich die Haltungen der letzten Jahre bestätigt. So sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PIRATEN PARTEI für die Ergänzung um die Formulierung „sexuelle Identität“.

Mit Zustimmung aller befragten Parteien wurde das Personenstandsrecht Anfang 2013 verändert, so dass ein Geschlecht im Geburtenregister nicht mehr eingetragen werden muss. Die Durchführung von geschlechtsanpassenden oder -zuweisenden Operationen soll nach Meinung der meisten Parteien verboten werden, es sei denn es handelt sich um einen medizinischen Notfall. Die CDU hat sich zu dem Thema der Operationen nicht geäußert. Ein „Nein“ zu Entschädigungen von **intergeschlechtlichen Menschen**, welche in der Vergangenheit Unrecht und Leid erfahren haben, wurde von keiner Partei geäußert. Die PIRATEN PARTEI und die CDU können diese Frage aber erst nach weiteren Internen Abstimmungen entscheiden.

Zu unserer Frage nach weiteren **zukünftigen Themenfeldern** haben alle Parteien sich für Maßnahmen an Schulen und in der Bildung ausgesprochen. Zudem planen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bundesweite Aktionspläne gegen Diskriminierung. Wir wünschen uns, dass es hier zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit aller Parteien kommt. Zudem wurden weitere Themenschwerpunkte genannt, insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen und der PIRATEN PARTEI.

Adressen / Links (eine kleine Auswahl)

| | | |
|---|---|--|
| Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Jena & Umgebung e.V. Postfach 100202; 07702 Jena | gemeinnütziger Verein | www.queerweg.de info@queerweg.de |
| LSVD Thüringen e.V. Windthorststr. 43a 99096 Erfurt | gemeinnütziger Verein / Bürgerrechtsverband | www.lsvd-thueringen.de conrad.gliem@lsvd.de |
| AIDS-Hilfe Weimar & Ostthüringen e.V. Erfurter Straße 17 99423 Weimar | Gemeinnütziger Verein mit Schwerpunkt HIV-Prävention /-Beratung | weimar.aidshilfe.de info@weimar.aidshilfe.de |
| AIDS-Hilfe Thüringen e.V. Windthorststr. 43a 99096 Erfurt | Gemeinnütziger Verein mit Schwerpunkt HIV-Prävention /-Beratung | www.erfurt.aidshilfe.de info@erfurt.aidshilfe.de |
| ILSE c/o LSVD Thüringen e.V. Windthorststr. 43a; 99096 Erfurt | Initiative lesbischer und Schwuler Eltern | www.lsvd-thueringen.de ilse.thueringen@lsvd.de |
| Schwule Lehrer | Arbeitsgruppe der GEW Berlin | www.schwulelehrer.de |
| Queer-Paradies c/o Studierendenrat Friedrich Schiller Universität Jena Carl-Zeiss-Straße 3; 07737 Jena | Hochschulgruppe FSU Jena | www.queer-paradies.de kontakt@queer-paradies.de |
| Regenbogenreferat c/o Studierenden-Konvent der Bauhaus-Universität Weimar Marienstraße 18; 99423 Weimar | Hochschulgruppe BU Weimar | www.uni-weimar.de/ |
| miteinanderS – Aufklärung an Schulen und Jugendgruppe Schillergäßchen 5; 07745 Jena | Arbeitsgruppe bei „Vielfalt Leben – QueerWeg“ | www.miteinanderS-jena.de kontakt@miteinanderS-jena.de |
| Jugendgruppe QueerTeens c/o AIDS-Hilfe Weimar Erfurter Straße 17; 99423 Weimar | Jugendgruppe | |
| Queercampus Fachhochschule Erfurt Koordinationsbüro für Gleichstellung und Familie | Schwul-lesbische Hochschulgruppe | www.queercampus-erfurt.de |
| Gleichstellungs-Referat StuRa Uni Jena | | www.stura.uni-jena.de/ (siehe unter Referate) |
| Gleichstellungsbeauftragte Uni Jena | Gleichstellungs- und Familienbüro | http://www.uni-jena.de/ GSB_Gleichstellung.html |
| Transhilfe Thüringen c/o SwiB-Zentrum Windthorststraße 43a 99096 Erfurt | Selbsthilfegruppe für trans* und intersexuelle Menschen | www.transhilfe-thueringen.de |
| ZWANG?los! | Selbsthilfegruppe für trans* und intersexuelle Menschen | Zwanglos.erfurt@gmx.de |

Wir haben ein queeres Projekt oder eine Initiative vergessen? Geben sie uns bitte Bescheid.
Email an info@queerweg.de. Danke!

SPENDENAUFTRUF!

Sie möchten unseren Einsatz unterstützen?
Bitte spenden Sie dem

**Vielfalt Leben QueerWeg
Verein für Jena und Umgebung e.V.**

Spendenkonto: 42170402
BLZ: 83094454
Bank: Volksbank Saaletal eG

Die Spenden sind steuerlich absetzbar! Zum Erhalt Ihrer
Zuwendungsbescheinigung melden Sie sich bitte per
Email unter info@queerweg.de.
Gemeinnütziger Verein laut Bescheid vom Finanzamt
Jena, 17.06.2013, Steuernummer 162/142/07943.